



## China will es **KANADA** zeigen

„Hongcouver“ wird Vancouver's Chinatown auch genannt. Es ist eines der größten chinesisch geprägten Stadtviertel in Nordamerika. Die Aufnahme stammt aus dem Jahr 1960

Die Anrufe bekam er zu jeder Tages- und Nachtzeit, berichtet Kayum Masimov. Die Person am anderen Ende der Leitung beschimpfte ihn regelmäßig als Terrorist, drohte sogar, ihn zu ermorden, sollte er seine Aktivitäten gegen China nicht einstellen. Hinzu kamen zahlreiche, mutmaßlich von Peking initiierte Cyberattacken, die Masimov in seiner Zeit als Aktivist mehrere Computer kosteten.

VON JULIAN BERNSTEIN

Der 44-Jährige gehört zu der von Peking unterdrückten muslimischen Volksgruppe der Uiguren, bis vor Kurzem war er in Montreal Präsident der Uyghur Canadian Society. Als Chinakritiker, sagt er im Gespräch mit WELT, müsse man sich in acht nehmen: „Du bist nirgendwo sicher, auch nicht in Kanada.“ Die Angaben Masimovs lassen sich schwer überprüfen. Sie decken sich jedoch mit einer ganzen Reihe ähnlicher Berichte. Die Canadian Coalition on Human Rights in China listet in einer vertraulichen Studie Dutzende Fälle aus den letzten Jahren auf. Wer ins Visier der chinesischen Behörden gerate, dem drohten neben Cyberattacken und Telefonterror auch unangenehme Begegnungen mit Spionen.

In einigen Fällen sollen Agenten zur Einschüchterung stundenlang in ihren Autos vor den Wohnungen der Betroffenen geparkt haben. Hauptadressat dieser Kampagne sind die sogenannten Fünf Gifte, wie die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) ihre tatsächlichen und eingebildeten Feinde bezeichnet. Hierzu zählt das Einparteienregime Anhänger der chinesischen Demokratiebewegung, Befürworter eines unabhängigen Taiwans sowie eines unabhängigen Tibets, Anhänger der Meditationsbewegung Falun Gong und die Uiguren. Dass Peking Dissidenten auch im Ausland überwacht, ist seit Jahren bekannt. Kritiker warnen jedoch, dass die chinesischen Aktivitäten in Kanada weit darüber hinausgehen. Peking betrachte das im Hinterhof der USA gelegene Kanada als strategische Einflusszone, sagt etwa der ehemalige Leiter der Asien-Pazifik-Abteilung des kanadischen Nachrichtendienstes CSIS, Michel Juneau-Katsuya, im Gespräch mit WELT. Ziel sei die Unterwanderung kanadischer

Medien, Parlamente, Universitäten und der Wirtschaft. Überall, wo dies möglich sei, solle ein pekingfreundlicher Kurs durchgesetzt werden.

Seit der Festsetzung der Finanzchefin von Huawei, Meng Wanzhou, in Toronto stoßen die Warnungen Juneau-Katsuyas zunehmend auf offene Ohren. Verantwortlich hierfür dürfte die rabiate Reaktion Chinas sein. Peking verweigert derzeit nicht nur jegliche Verhandlungen über den Fall. Als Vergeltungsmaßnahme hat China im Januar die beiden Kanadier Michael Kovrig und Michael Spavor verhaftet. Offiziell wirft Peking den Männern Spionage vor. Zudem hat China zwei bereits seit Längerem wegen Drogenhandels in Haft sitzende Kanadier zum Tode verurteilt. Hinzu kommen immer neue wirtschaftliche Schikanen.

Seither werden Einmischungsversuche Pekings in innere Angelegenheiten umso kritischer beäugt. Für Empörung sorgte etwa der Fall der tibetischstämmigen Studentin und Aktivistin Chemi Lhamo. Die Kanadierin wurde, nachdem sie im Februar dieses Jahres zur Vorsitzenden der Studierendenschaft der University of Toronto Scarborough gewählt wurde, Opfer einer aggressiven Onlinekampagne. Eine Petition, die den Rücktritt der Studentin forderte, erhielt in kürzester Zeit mehr als 10.000 Unterschriften. Zudem bekam Lhamo anonyme Morddrohungen. Im Hintergrund soll China die Strippen gezogen haben.

Die Instrumentalisierung von Auslands-Chinesen zur Einschüchterung von Kritikern ist laut Juneau-Katsuya nichts Ungewöhnliches. Gesteuert werden diese Aktionen unter anderem von der „Zentralabteilung Vereinigte Arbeitsfront“ – einer mächtigen Regierungsagentur, für die es in westlichen Ländern kein Äquivalent gibt.

Staatspräsident Xi Jinping bezeichnete die „Vereinigte Front“ als „Zauberwaffe“ Chinas, die dem Land dazu verhelfen werde, wieder seine angestammte Rolle als führende politische, ökonomische und kulturelle Macht einzunehmen. Denn im Fokus der Behörde steht nicht nur die Bekämpfung der Fünf Gifte, sie hat ebenso die Aufgabe, politische Prozesse im Ausland zugunsten Pekings zu beeinflussen. Die unter Xi massiv aufgestockte Behörde sei Teil der vermutlich größten Spionage- und Einflussoperation, die es je auf der Welt

Peking betreibt seinen Aufstieg zur Weltmacht bislang leise und diplomatisch. In Kanada aber fühlt sich das Regime durch die Festnahme der Huawei-Finanzchefin provoziert - und greift zu neuen Mitteln



Guy Saint-Jacques war kanadischer Botschafter in Peking: „Chinas Auftreten wird aggressiver“



Kayum Masimov gehört zur Volksgruppe der Uiguren. Er fühlt sich auch in Kanada nicht mehr sicher



Warnt vor Chinas Einfluss: Michel Juneau-Katsuya, der früher für den kanadischen Nachrichtendienst arbeitete

gegeben habe, sagt Juneau-Katsuya. In der Tat gibt es in Kanada Hinweise auf eine verstärkte Tätigkeit der „Vereinigten Front“. Dabei scheint Peking es speziell auf die chinesischstämmige Bevölkerungsgruppe abgesehen zu haben.

Festlandchinesen stellen seit Jahren die größte Einwanderungsgruppe des Landes und sind ein nicht zu unterschätzender Faktor in der kanadischen Politik. Rund fünf Prozent der kanadischen Bevölkerung sind chinesischer Herkunft, ganze Städte, wie etwa Vancouver, sind chinesisch geprägt. Zur Beeinflussung der „Überseechinesen“ hat China in den letzten Jahren gezielt Teile der chinesischsprachigen Medienlandschaft Kanadas aufgekauft, die nun in weiten Teilen der Propaganda der KPCh verbreitet. Daneben vermuten Kritiker die Unterwanderung zahlreicher Kultur-, Wirtschafts- und Studienorganisationen durch Agenten der „Vereinigten Front“.

Wie erfolgreich China mit dieser Strategie ist, darüber gehen die Meinungen auseinander. Der Chinakritiker Jonathan Manthorpe vermutet, dass sich nur ein sehr kleiner Teil der chinesischstämmigen Bevölkerung für die Propaganda Pekings anfällig zeige. Fälle wie der von Lhamo, bei dem das Land mutmaßlich Tausende Auslands-Chinesen mobilisieren konnte, lassen viele Kanadier jedoch aufhorchen.

Für Beunruhigung sorgt auch, dass China offensichtlich gezielt versucht, kanadische Politiker chinesischer Herkunft für seine Zwecke einzuspannen. Darauf deutet eine 2017 geleakte Handlungsanleitung der „Vereinigten Front“ hin. In dem von der „Financial Times“ in Auszügen veröffentlichten Schreiben wird der Erfolg chinesischstämmiger Politiker bei Kommunalwahlen in Toronto begrüßt und gefordert: „Wir sollten darauf abzielen, mit denjenigen Individuen und Gruppen zusammenzuarbeiten, die sich in relativ hohen Positionen befinden, innerhalb des Mainstreams der Gesellschaft agieren und Aussichten auf weiteren Aufstieg haben.“ Das Dokument scheint eine Warnung aus dem Jahr 2010 zu bestätigen. Der damalige Vorsitzende des CSIS, Richard Padden, machte seinerzeit publik, dass mindestens zwei Minister in zwei Provinzen unter dem Einfluss einer ausländischen Regierung stünden. Laut der Tageszeitung „The Globe and Mail“

soll es sich bei einem der besagten Politiker um Michael Chan handeln, in der Provinz Ontario bis 2018 Immigrations- und Handelsminister.

Für die Nähe des chinesischstämmigen Politikers zur KPCh gibt es eine Reihe von Hinweisen, illegale Aktivitäten Chans lassen sich bis heute jedoch nicht nachweisen. Wer oder was ein Einflussagent ist, ist ohnehin Interpretationssache. In den benachbarten USA mehren sich daher die Stimmen, die vor einem Rückfall in eine neue McCarthy-Ära warnen. Im Übereifer im Kampf gegen Wissenschaftsspionage haben dort auf Druck des FBI in den letzten Monaten mehrere Forschungseinrichtungen chinesische Wissenschaftler aus leitenden Positionen entfernt – bei recht dürftiger Beweislage.

Man dürfe nicht in Hysterie verfallen, sagt auch der frühere kanadische Botschafter in Peking, Guy Saint-Jacques, gegenüber WELT. Allerdings habe man es seit der Machtübernahme Xis mit einem deutlich aggressiver auftretenden China zu tun. Auf die zweifelhaften Aktivitäten der „Vereinigten Front“ und auf die Verhaftung von Spavor und Kovrig müsse Kanada konsequenter reagieren: „Die einzige Sprache, die China versteht, ist die der Stärke. Wenn es keine Reaktionen gibt, wird sich China sagen: Wir können so weitermachen.“

Mit dieser Haltung steht Saint-Jacques nicht alleine da. Der Druck auf die kanadische Regierung, einen härteren Ton gegenüber China anzuschlagen, ist in den letzten Wochen deutlich gestiegen. Seit Monaten versucht Ottawa zudem, andere Länder dazu zu bewegen, Druck auf China auszuüben. Während des G-20-Gipfels in Osaka verkündete die kanadische Außenministerin Chrystia Freeland denn auch, dass mittlerweile „eine breite internationale Koalition“ Kanada in der Sache unterstütze. Dass diese Strategie aufgeht, darf allerdings bezweifelt werden. Mit Ausnahme Donald Trumps mochte bisher kein Regierungschef öffentlich die Freilassung der beiden Kanadier fordern. China zeigt sich dementsprechend unbeeindruckt. Geng Shuang, ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums, warnte Kanada davor, „naiv“ zu sein. „Kanas sogenannte Alliierten werden lediglich Lippenbekenntnisse ablegen – bestenfalls.“ Derzeit sieht es so aus, als könnte Peking damit recht behalten.